

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeitungspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (Halbmonatlich 1 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schließung: Dresden-Alt, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark für die Anzeigenzeile anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Zeile 1,50 Mark. Zweitägige Anzeigen hochentgeltlich des 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 29. August 1927

Nummer 201

## Berschärft den Kampf gegen den Bürgerblod!

### Gegen die Provokation des Bürgerblods — die Einheitsfront des Proletariats!

Der gewaltige Aufmarsch der proletarischen Massen in den von der kommunistischen Partei einberufenen Demonstrationen gegen das Blutregime der Klassenjustiz wird vom Bürgerblod mit einer planmäßigen Provokation der revolutionären Arbeiterklasse beantwortet. In Breslau, Halle, Chemnitz, Leipzig und Dresden sind kommunistische Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel von den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten verboten worden, in Hamburg hat der Senat im Anschluß an eine blutige Provokation der Polizei gegen die aufmarschierende Arbeiterklasse sämtliche Demonstrationen und Versammlungen der KPD und des RFB, sogar geschlossene Parteiveranstaltungen verboten, die Hamburger Volkszeitung unterdrückt. Der Bürgerblod und seine sozialdemokratischen Helfer sind um „verfassungsmäßige“ Gründe nicht verlegen. Ohne es offen auszusprechen, wird in einigen Großstädten gegen die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse der Belagerungszustand verhängt, der in Hamburg dem faktischen Verbot der Partei gleichkommt. Der wenigen Tagen seitdem der Bürgerblod und die Sozialdemokratie die Republik und die Weimarer Demokratie. Die brutale Polizeigewalt gegen die KPD und den Roten Frontkämpferbund ist die zeitgenössische Anwendung der Weimarer Demokratie in der Weimarer Republik! Die Provokationen gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis schlagen um in einen maßlosen Aufmarsch gegen die deutsche Klassenjustiz, gegen den Bürgerblod. Der Bürgerblod antwortet darauf mit Provokationen der Polizei, mit Belagerungszustand und faktischem Parteiverbot in Hamburg. Das ist der Beginn der planmäßigen Bürgerblodaktion zur Provokation der Arbeiterklasse, zur Schaffung der „demokratischen“ Vorwände für eine verschärfte Unterdrückungspolitik gegen die Kampforganisationen des Proletariats, insbesondere für das Verbot der proletarischen Schutzorganisation, des Roten Frontkämpferbundes.

Die Kampf Stimmung des Proletariats gegen den Bürgerblod wächst von Tag zu Tag. Die kommunistische Partei gewinnt von Tag zu Tag die stärkere Zustimmung der werktätigen Massen für ihre Sammelorgane der geschlossenen proletarischen Einheitsfront, zum Sturz des Bürgerblods. In den Betrieben wächst die Stimmung zur Aufnahme des einheitlichen Kampfes für Erhöhung der Löhne und den Achtstundentag. Die Oppositions Stimmung gegen das Verlogen und den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsleitung ist zulehends im Steigen. Lohn- und Arbeitskämpfe auf breiter Grundlage rufen immer mehr heraus. Der Bürgerblod beantwortet diese Sturmzeichen der kommenden Auseinandersetzungen mit seinen Aktionen zur Verleumdung und Unterdrückung der proletarischen Kampforganisationen. Das ist der Sinn des Vorstoßes gegen die kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund. Damit soll nicht allein die kommunistische Partei getroffen werden. Dieser Angriff zielt auf die gesamte deutsche Arbeiterklasse, die sich zum Kampf rüftet.

Die sozialdemokratische Führung bleibt auch gegenüber diesen Angriffen auf die werktätigen Massen ihrer Politik des treuen, fraktionellen Verrats treu. Es sind sozialdemokratische Polizeipräsidenten, in deren Auftrag die Polizei in die Massen geschossen hat, die die Versammlungs- und Organisationsverbote erlassen haben. Die sozialdemokratische Presse stellt fälschlich anlässlich der Verfassungsfeier fest, daß der „Geist von Weimar“ marschiert. Es ist der Geist der Klasse Zeit, der in diesen Polizeigewalttaten gegen die Arbeiterklasse marschiert. Der größte Teil der sozialdemokratischen Presse findet kein Wort der Verurteilung gegen diese Unterdrückungspolitik. Ihre Behauptungen wagen es, den Arbeitern von „kommunistischen Provokationen“ zu erzählen. Worin bestehen diese „Provokationen“? Etwa darin, daß die kommunistische Partei die Arbeitermassen zum Protest gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis auf die Straßen gerufen hat, daß sie dem deutschen Proletariat immer wieder ins Gedächtnis rief, daß das Verlogen gegen revolutionäre Arbeiter in Deutschland in der Zukunftsprognose des Bürgerblods zu suchen ist? Die Arbeitermassen haben diese Lösung sehr gut verstanden. In Verlogen und im ganzen Reich sind sie zu Hunderttausenden dem Ruf der KPD gefolgt. Und wir können es verstehen, wenn die sozialdemokratische Führung mit ihren Ministern und Polizeipräsidenten darin kommunistische Provokation erblickt.

Der Bürgerblod geht planmäßig vor. Sein unmittelbares Angriffsziel ist die breite Schutzorganisation des Proletariats, der Rote Frontkämpferbund. Während das Reichsaner unter Führung der republikanischen Parteien auch den letzten Schein einer Kampforganisation verliert, unter der aktiven Mithilfe der SPD-Führung in eine zuverlässige Arbeiterländische Organisation des neudeutschen Imperialismus verwandelt wird, soll die Kampforganisation der werktätigen Massen gegen Bürgerblod und Faschismus niedertreten werden. Das Reichsaner nimmt seinen Kurs auf die Vereinigung mit dem Stahlhelm, und die sozialdemokratische Führung verflucht vor aller Welt durch Loebe auf der inter-

parlamentarischen Konferenz in Paris, daß sie den neudeutschen Imperialismus, den sie nach berühmten Vorbildern „deutsche Nation“ nennt, vertreten und verteidigen will. Die sozialdemokratischen Führer wollen nicht nur in Preußen in der Regierung vertreten sein, sie wollen sich die Sporen zur Einbeziehung in den Bürgerblod verdienen!

Mit ihrer Hebe gegen die kommunistische Partei, gegen den Roten Frontkämpferbund, in ihrer offenen Mithilfe an der Niedertrampelpolitik der revolutionären Arbeiterklasse manifestieren Bürgerblod und Sozialdemokratie den wahren Sinn der republikanischen Einheitsfront. Sie zeigt dem Bürgerblod täglich und stündlich, daß sie angesichts des wachsenden Kampfes und Abwehrwillens des Proletariats für ihn unentbehrlich ist. Was ist die republikanische Einheitsfront? Sie ist die Vereinigung aller offenen und verkappten Feinde des Proletariats. Sie ist eine phrasenhafte Umkleidekabine für den gemeinsamen Kampf von der Schwerindustrie bis zur sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, vom Stahlhelm bis zum Reichsbanner gegen die werktätigen Massen. Während die sozialdemokratische Presse die republikanische Einheitsfront predigt und von kommunistischen Provokationen spricht, handeln die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten durch ihre brutale Polizeigewalt gegen die werktätigen Massen. Sie zeigt damit dem Bürgerblod, daß sie nicht nur propagandistisch bereit ist, ihnen den Weg zu ebnen, sondern daß sie gleichzeitig auch ihre Verantwortung begreift, daß im Falle, wenn die Massen sich nicht verwirren lassen, sie mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen nachzuhelfen bereit ist.

Aber die kommunistische Partei wird vor diesen Provokationen nicht kapitulieren. Ihre Antwort auf diese Provokation ist: Verschärfung des Kampfes um die geschlossene proletarische Einheitsfront gegen den Bürgerblod. Es gilt, alle Kräfte der Partei zu mobilisieren und die gesamte Arbeiterklasse über die Bedeutung dieses Angriffes auf

den Roten Frontkämpferbund aufzuklären. Der Rote Frontkämpferbund ist die Schutzorganisation des Proletariats, der Angriff gegen ihn richtet sich gleichzeitig gegen das gesamte Proletariat. Die Arbeiterschaft muß in ihrer Gesamtheit sich gegen diese Provokationen zur Wehr setzen und dem Bürgerblod mit seinen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten im Kampfe zeigen, daß sie entschlossen ist, den Roten Frontkämpferbund zu verteidigen, daß sie alle Provokationen abwehren wird. Gleichzeitig müssen alle Kräfte des RFB mobilisiert werden durch Verankerung des RFB in den Betrieben, durch die Schaffung eines dichten Netzes von Betriebsgruppen des RFB.

Die Antwort auf die Provokationen des Bürgerblods ist verschärfte Kampf um die proletarische Einheitsfront. Die Partei muß mit der größten Einheit und Geschlossenheit durch ihre Arbeit für die Herstellung der einheitlichen Kampffront des Proletariats beweisen, daß sie nicht nur imstande ist, die Arbeitermassen zu Demonstrationen aufzurufen, sondern daß sie es in der täglichen Praxis versteht, die Abwehrkämpfe des Proletariats zu organisieren und zu führen. Die proletarischen Massen, die in den letzten Demonstrationen in solch grandioser Stärke dem Rufe der Partei gefolgt sind, sollen in dem engen Vertrauensverhältnis zur Partei erhalten und gestärkt werden, und weitere Schichten der werktätigen Massen um sich scharen. Zäh und opferwillige Arbeit bei der Vorbereitung der Lohn- und Arbeitskämpfe in allen Industrien, bei der Schaffung der einheitlichen proletarischen Kampffront zur Abwehr der Provokationen des Bürgerblods, bei der unermüdbaren Aufklärungsarbeit unter den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Massen über die verwerfliche Politik ihrer Minister und Polizeipräsidenten, ihrer Parteibürokratie, bei der Mobilisierung der weitesten Schichten der werktätigen Massen zum Sturze des Bürgerblods — das muß die Antwort der Partei auf den Angriff des Bürgerblods und seiner sozialdemokratischen Schergen sein.

## Fochs Kriegsruf gegen die Sowjetunion

### „Zwetschka“ über die Kriegspläne der Imperialisten

Zu den aus der Presse in kurzen Auszügen bekanntgewordenen Ausführungen des Marschalls Foch, in denen er u. a. die Notwendigkeit einer englisch-französischen Zusammenarbeit im Kampfe gegen die Sowjetunion betonte, schreiben die Moskauer Zwetschka u. a.:

Marschall Foch machte Erklärungen, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Der Führer der französischen Armee, der Chef des Militärstabs des mächtigsten europäischen Staates und gleichzeitig einer der einflussreichsten Politiker des bürgerlichen Europas, legte mit jener Offenherzigkeit die Pläne der imperialistischen Regierungen in Bezug auf die Sowjetunion dar. Wir müßten der Rede von Foch, die die Behauptungen der Sowjetpresse von der Kriegsgefahr gegen

die Sowjetunion vollkommen bestätigt, die nötige Aufmerksamkeit zuwenden; außerdem gibt die Erklärung Fochs wertvolles Material für das Kennenlernen der Pläne der Feinde der Sowjetunion.

Nachdem er die „zerstörenden Ziele der Tyrannei der Sowjets“ festgelegt hat, geht Foch zu dem ihn interessierenden Thema über und erklärt, daß diese Tyrannei „den Westen vor die Notwendigkeit der Schaffung einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion stellen kann“. Damit aber kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Frage der Einheitsfront bereits gestellt ist, erklärt Foch, daß er bereits im Jahre 1919 den Vorschlag gemacht hat, „auf diese Weise dem Bolschewismus ein Ende zu machen“.

Die Erinnerungen an das Jahr 1919 aus dem Munde Fochs haben eine besondere Bedeutung. Aus seinen Worten folgt nicht nur, daß nach seiner Meinung bereits im Jahre 1919 die militärische Intervention ein notwendiges Kampfmittel gegen die Sowjetunion war, sondern auch, daß im Jahre 1927 die Intervention von neuem auf der Tagesordnung steht. Es ist vollkommen klar, daß nach der Meinung Fochs das Wählungen der Intervention von 1919 den Antrieb zu einer Intervention im Jahre 1927 gibt.

Auf Grund welchen Programms schlägt der größte Kriegsspezialist von Europa die Bewirkung eines Krieges gegen die Sowjetunion vor? Die Vorbereitung der militärischen Intervention gegen die Sowjetunion soll, wie aus den Erklärungen Fochs ersichtlich, aus drei Faktoren bestehen. Der erste und wichtigste ist die Stärkung der Entente durch die Schaffung eines englisch-französischen Bündnisses. Das zweite wichtige Moment in der Vorbereitung der Intervention ist offensichtlich die Bewaffnung der Randstaaten gegen die Sowjetunion, wie dies von Foch schon vor acht Jahren vorgeschlagen wurde. Der dritte wesentliche Punkt im Programm Fochs ist schließlich die Einreise Deutschlands in die Antisowjetfront. Foch fordert von Deutschland, daß es sich an der Ausführung der Pläne beteiligt, die offensichtlich vom französischen und englischen Generalstab gemeinsam ausgearbeitet werden sollen.

Im Gegensatz zu allem, was die Politiker des bürgerlichen Europa gesagt haben, erklärt Foch, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wurde, damit es sich der Einheitsfront gegen die Sowjetunion anschließen; und damit es ganz und gar klar wird, daß die öffentliche Meinung der Sowjetunion den „Vox noster“ durchweg richtig eingeschätzt hat, gibt Foch der Hoffnung Ausdruck, daß England Deutschland in die Antisowjetfront hineinziehen wird.

Doch ist Foch mit seinem Plan der Gegenwart nicht fremd. Indem er den Krieg gegen das größte Land der Welt vorbereitet, baut er nicht nur Pläne von Koalitionen einer Reihe Länder auf, sondern hält die ökonomische Vorbereitung ebenfalls für notwendig. Daher besteht Foch darauf, daß den Handelsverträgen der europäischen Länder die Möglichkeit genommen wird, wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten. In der Vorbereitung Fochs hat der Krieg bereits begonnen, und daher müssen alle Interessenten dem einstigen Ziele, dem Kampfe gegen den Feind untergeordnet werden; dieser Feind ist in den Augen Fochs und aller seiner Mitarbeiter das Land der Sowjets.

Es gibt wahrscheinlich manche Politiker in Europa, die die Erklärungen von Foch mit keinem besonderen Vergnügen auf-

Voraus mit den politischen Selbsten!  
**MAX HÖLZ**  
**MARCIES**  
Wehe den kapitalistischen Mördern!  
Rache für  
und Garco  
Banzetti!  
Kampf  
der  
bürgerlichen  
Staatsjustiz!



„Gut kommt der Tag, da wir uns ebnen...“  
Was man Herrn Dawes schuldig ist:  
Demonstrationsverbote  
in  
Hamburg, Breslau, Hindenburg, Dresden, Leipzig,  
Chemnitz usw. usw.

ren-Frisiersalon  
gelstraße 17